



AUFLISTUNG DER VERTRAGSEIGENSCHAFTEN

A. Vertragsgegenstand

A.1. Vertragsgegenstand

Gegenstand dieses Vertrages sind Dienstleistungen im Bereich Arbeits- und Steuerrecht mit Bezug auf das Personal der Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland (im Folgenden „die Vertretung“), die aufgrund der Kompetenzen und Aufgaben der Vertretung anfallen, welche in Artikel 18, Dekret 61/2017 vom 13. Juni festgelegt sind. Erfüllungsort des Vertragsgegenstands ist Deutschland.

Für die Erfüllung der arbeitsrechtlichen, gewerkschaftsrechtlichen, steuerrechtlichen und sich aus den deutschen Sozialversicherungsvorschriften ergebenden Pflichten hat der Vertragsnehmer folgende Dienstleistungen zu erbringen:

Dienstleistungen im Bereich Arbeitsrecht:

A. Erstellung von Gehaltsabrechnungen der Mitarbeiter*innen

B. Abwicklung von Zahlungen der anfallenden Krankenkassenbeiträge für die einzelnen Mitarbeiter*innen

C. Abwicklung von An- und Abmeldungen bei der Krankenkasse, sowie von Beitragsänderungen und besonderen Ereignissen

Datum Abwicklung von An- und Abmeldungen bei der VBG (gesetzliche Unfallversicherung), sowie von Beitragsänderungen und besonderen Ereignissen

E. Unfallmeldungen im Falle von Arbeitsunfällen

F. Verwaltung und Meldung von Krankenzeiten aufgrund vorübergehender oder dauerhafter Arbeitsunfähigkeit, sowie von Arbeitsfähigkeitsbescheinigungen

Dienstleistungen im Bereich Steuerrecht:

A. Mitteilungen und Meldungen der Mitarbeiter*innen gegenüber den deutschen Finanzbehörden und alle zugehörigen Verwaltungstätigkeiten

A.2 Chargen

Eine Unterteilung in Chargen ist nicht vorgesehen.

A.3 CPV-Code

7921 1110-0 Verwaltungsdienstleistungen Gehaltsabrechnungen

7922 2000- 6 Dienstleistungen zur Vorbereitung von Steuererklärungen

A.4 Begründung für die Unmöglichkeit, den Vertrag in Chargen zu unterteilen

Der Vertragsgegenstand kann nicht in Chargen unterteilt werden, da eine voneinander unabhängige Durchführung der einzelnen Dienstleistungen die korrekte Ausführung aus technischen Gründen erschweren würde. Viele der Aufgaben, die zum Vertragsgegenstand gehören, stehen untereinander in Zusammenhang. Sie in Chargen zu unterteilen, könnte zur Anwendung unterschiedlicher Kriterien führen und eine solide und sinnvolle Arbeitsweise verhindern.

A.5 Begründung für die Notwendigkeit des Vertragsabschlusses

Die Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland vertritt die Interessen ganz Kataloniens in Deutschland, und zwar unter wirtschaftlichen, kulturellen, politischen und sozialen Gesichtspunkten.

Der Vertragsgegenstand ist begründet durch die Notwendigkeit der Vertretung der Regierung von Katalonien, den Verpflichtungen gegenüber den Mitarbeiter*innen der Vertretung nachzukommen. Dazu gehört die Anfertigung von Gehaltsabrechnungen und die Abwicklung aller notwendigen Verwaltungsschritte zur Zahlung der Krankenkassenbeiträge der Mitarbeiter*innen bei den jeweiligen Krankenkassen, zur Zahlung der Beiträge zu den gesetzlich vorgeschriebenen Arbeitsunfallversicherungen, sowie alle weiteren gesetzlich vorgeschriebenen Kontakte mit den Behörden des Landes. Zusätzlich besteht zu bestimmten Zeitpunkten die Notwendigkeit, Behördenkontakte abzuwickeln, die aufgrund der steuerlichen Verpflichtungen der Vertretung der Regierung notwendig sind.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig hervorzuheben, dass das Personal, das von der Vertretung für technische und unterstützende Aufgaben hinzugezogen wird, arbeitsrechtlich gesehen den Gesetzen des Staates unterliegt, in der sich die Vertretung der Regierung befindet. Die Verträge mit technischem und unterstützendem Personal unterliegen deshalb nicht dem gesetzlichen Regelwerk für öffentlich angestelltes Verwaltungspersonal der Regierung von Katalonien, sondern den Gesetzen des Landes, in dem sich die Vertretung der Regierung befindet, so wie in Artikel 28 des Dekrets 61/2017 vom 13. Juni über die institutionellen Vertretungen der Regierung von Katalonien im Ausland vorgesehen.

Da der Vertragsgegenstand Fachpersonal erfordert und weder dieses noch die entsprechenden notwendigen Mittel (DATEV-Software) zur Verfügung stehen, ist es erforderlich, auf einen Dritten mit spezifischer Erfahrung zurückgreifen zu können, der die Abwicklung der Verwaltungsschritte der arbeitsrechtlichen und steuerrechtlichen Bereiche übernimmt.

B. Tarife

B.1 Festsetzung der Tarife

Die Tarife werden in Einzeltarife untergliedert und gestalten sich wie folgt:

Einzeltarife für monatliche Dienstleistungen

Art der Dienstleistung	Maximaler Einzeltarif zzgl. MwSt.
Tarif für Verwaltung pro Mitarbeiter*in und Monat (*).	24,00 €
DATEV-Software (**).	24,00 €
Kommunikation und Schriftverkehr (***).	24,00 €

(*) *Tarif für Verwaltung pro Mitarbeiter*in und Monat umfasst: Erstellen von Gehaltsabrechnungen und Belegen für die Zahlung der Krankenkassenbeiträge seitens des/der Mitarbeiter*in und des Unternehmens.*

(**) *Die DATEV-Software umfasst: Aktualisierung und Verarbeitung der Daten aus den Gehaltsabrechnungen und den Zahlungen an die Krankenkassenversicherungen.*

(***) *Regelmäßige Auslagen für Kommunikation und Schriftverkehr.*

Preise für zusätzliche Dienstleistungen

Art der Dienstleistung	Maximaler Einzeltarif zzgl. MwSt.
Eröffnung eines neuen Kontos und Anlage eines neuen Datensatzes	24,00 €
Endabrechnung bei Ablauf eines Arbeitsvertrages	24,00 €
Verwaltung von Krankmeldungen und Arbeitsunfähigkeitsmeldungen	24,00 €

Es handelt sich um einen Vertrag mit einem maximalen und eingeschränkten Budget, bei dem der Vertragsnehmer dazu verpflichtet ist, die Dienstleistung Zug um Zug zu den festgelegten Einzeltarifen zu erbringen. Die Gesamtzahl der Dienstleistungseinheiten ist dabei nicht exakt festgelegt. Sie sollte jeweils den Bedürfnissen des Vertragsgebers entsprechen.

Direkte Kosten für die Erbringung der Dienstleistung (zurückgelegte Wege, Gehälter und Honorare für erbrachte Arbeitsstunden, Lieferungen, Steuern, Gebühren und Abgaben jeder Art und alle Ausgaben, die der Vertragsnehmer im Zuge der Erbringung des Vertragsgegenstandes hat) sowie indirekte Kosten (allgemeine Ausgaben und Unternehmensgewinn) sind im Betrag des Vertrages inbegriffen.

Die Honorarabrechnung hat monatlich zum Monatsende zu erfolgen. Dabei kommen die vertraglich vereinbarten Einzeltarife zur Anwendung, die nach tatsächlich erfolgten Arbeitseinheiten berechnet werden.

Die Zahlung des Preises wird nach Erbringung bzw. Erfüllung der Arbeiten bzw. Leistungen und nach schriftlicher Zustimmung des Vertragsverantwortlichen angeordnet, der den Beschaffungsgegenstand betreut und überwacht.

Sobald die Rechnung als korrekt angenommen wird, führt die Vertretung die Zahlung per Überweisung durch. Die Vertretung führt die Zahlung von Rechnungen innerhalb einer Frist vom maximal dreißig (30) Tagen ab dem Tag des Erhalts.

B.2 Geschätzter Vertragswert

Der geschätzte Wert des Vertrages beläuft sich auf 12.596,86 Euro (zwölftausendfünfhundertsechundneunzig Euro und sechsundachtzig Cent). Er umfasst den im Kostenvoranschlag der Ausschreibung angenommenen Grundbetrag ohne MwSt. für eine Vertragslaufzeit von sechs Monaten, mit jeweils vier Verlängerungszeiträumen von jeweils einem Jahr, eine geschätzte jährliche Preisanpassung von 10% und der Möglichkeit, den Vertrag um maximal 20 % des ursprünglichen Grundwertes abzuändern.

Grundbetrag der Ausschreibung, zzgl. MwSt., Höchstbetrag für 2021	Höchstbetrag Verlängerung 2022	Höchstbetrag Verlängerung 2023	Höchstbetrag Verlängerung 2024	Höchstbetrag Verlängerung 2025	Vertragsänderung (20 % des Grundbetrages)	GESCHÄTZTER VERTRAGSWERT (zzgl. MwSt.)
1.104,00	2.428,80 €	2.671,68 €	2.938,85 €	3.232,73 €	220,80 €	12.596,86 €

Vom Vertragsgeber angewandte Berechnungsmethode

Bei der Berechnung des Wertes für die Ausschreibung wurden Beträge herangezogen, die für vergleichbare arbeits- und finanzrechtliche Dienstleistungen marktüblich anfallen. Dabei wurden die Lohnkosten des Sektors berücksichtigt.

B.3 Grundbetrag der Ausschreibung: (anzubietender Höchstbetrag)

Der maximale Vertragswert beläuft sich auf 1.313,76 Euro, davon entsprechen, 1.104,00 Euro dem Nettobetrag und 209,76 Euro der MwSt. (19 %).

Der festgelegte Grundbetrag ist der Höchstbetrag für Ausgaben inklusive MwSt., der im Rahmen dieses Vertrages vom Vertragsgeber freigegeben werden kann. Da für den Vertrag Einzeltarife gelten (siehe Abschnitt B.1 dieser Auflistung von Vertragseigenschaften), entsprechen die Einzeltarife den Höchstbeträgen pro Einzelleistung, die von den Ausschreibungsteilnehmern angeboten werden können. Jedes Gebot, dass bei den Einzeltarifen über den angegebenen Höchstbeträgen liegt, wird automatisch von der Ausschreibung ausgeschlossen.

Der Grundbetrag der Ausschreibung setzt sich wie folgt zusammen:

DIENSTLEISTUNG	GRUNDBETRAG DER DIENSTLEISTUNG FÜR 6 MONATE	MwSt./VERGLEICHBARE STEUER (19 %)	GRUNDBETRAG DER AUSSCHREIBUNG
Dienstleistungen in den Bereichen Arbeits- und Steuerrecht	1.104,00€	209,76 €	1.313,76 €

Die geschätzten Kosten, nach denen der Grundbetrag der Ausschreibung aufgeschlüsselt ist, sind in Anhang 5 dieser Auflistung der Vertragseigenschaften aufgeführt.

C. Kredit, Tarifierpassung und Erfüllungsgarantie

C1. Vorhandener Kredit, Haushalt und Vertragsgeber

Im Haushaltsposten „D/227008900/2310, Von anderen Unternehmen erbrachte Dienstleistungen“ des Haushalts der Vertretung für das Jahr 2023 ist ein angemessener und ausreichender Kredit vorgesehen, um die Ausgaben aus diesem Vertrag abdecken zu können.

Haushaltsposten: D/227008900/2310, Von anderen Unternehmen erbrachte Dienstleistungen

Vertragsgebendes Organ: weisungsberechtigte Person der Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland.

Für den Vertrag verantwortliche Person: weisungsberechtigte Person der Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland.

C2. Tarifierpassung

Im Falle einer Vertragsverlängerung können zu Beginn des Geschäftsjahres die Einzeltarife und der maximal genehmigte Betrag gemäß dem deutschen Verbraucherpreisindex überprüft werden.

C3. Erfüllungsgarantie

Angesichts der Vertragsart, des Vertragsortes und der im Gesetz für Verträge im öffentlichen Dienst [ley de contratos en el servicio público, LCSP] festgelegten Verfügbarkeit, ist für diesen Vertrag weder eine provisorische noch endgültige Erfüllungsgarantie erforderlich. In diesem Sinne handelt die Vertretung in Deutschland in rechtlich-privater Form. Eine Erfüllungsgarantie wäre mit zusätzlichen Kosten für das die Ausschreibung gewinnendes Unternehmen und einem geringeren Interesse ein Vertragsangebot vorzulegen verbunden.

D. Vertragsdauer

D.1 Vertragslaufzeit:

Die Laufzeit des Vertrages beginnt am 1. Juli 2023, bzw. am Datum der Vertragsunterzeichnung, wenn diese zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, und endet am 31. Dezember 2023.

D.2 Möglichkeit zur Verlängerung:

Es besteht die Möglichkeit zu vier Verlängerungszeiträumen mit einer Dauer von jeweils einem Jahr.

E. Ort und Frist für die Gebotsabgabe

Ort für die Gebotsabgabe: die bietenden Unternehmen können eine der folgenden Präsentationsmodalitäten wählen:

- Gebote können in Papierform innerhalb der maximalen Frist für die Einreichung von Geboten beim Register der Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland eingereicht werden. Adresse: Friedrichstraße 185. 10117 Berlin.
- Angebote können per Post beim Register der Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland eingereicht werden. Adresse: Friedrichstraße 185. 10117 Berlin. In diesem Fall ist eine Benachrichtigung über den Versand an die E-Mail-Adresse de@gencat.cat erforderlich.

Frist für die Gebotsabgabe: Die Frist für die Gebotsabgabe gilt bis 12:00 Uhr am 15. Kalendertag nach Bekanntmachung der Ausschreibung.

F. Vorabvoraussetzungen für die Teilnahme

F.1 Rechtshandlungsfähigkeit



An diesem Ausschreibungsverfahren können alle natürlichen oder juristischen Personen teilnehmen, die vollkommen geschäftsfähig sind, für die kein Verbandsverbot gilt und die über eine ausreichende wirtschaftliche und technische Solvenz für den Vertragsabschluss verfügen.

Juristische Personen dürfen ausschließlich Vertragsnehmer für die angefragten Dienstleistungen sein, wenn sie diese gemäß ihrer Gründungsziele und ihres Sektors sowieso abdecken.

Spanische Unternehmen haben ihre Geschäftsfähigkeit durch Vorlage ihrer Gründungsurkunde (ggf. abgeänderter Gründungsurkunde), bzw. ihrer Satzung oder eines Handelsregistrauszugs zu belegen.

Nicht spanische Unternehmen aus einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union oder einem der Unterzeichnerstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) haben ihre Geschäftsfähigkeit mit einem Handelsregistrauszug gemäß der rechtlichen Vorgaben des Landes zu belegen, in dem sich ihr Firmensitz befindet. Alternativ können sie eine Eigenerklärung abgeben und hierfür die Vorlage in Anhang 2 dieser Auflistung von Vertragseigenschaften verwenden.

Ausländische Unternehmen aus Nichtmitgliedsstaaten der Europäischen Union oder Nichtunterzeichnerstaaten des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) haben ihre Geschäftsfähigkeit mit einem Handelsregistrauszug gemäß den rechtlichen Vorgaben des Landes, in dem der Vertrag unterzeichnet wird zu belegen. Alternativ können sie eine Eigenerklärung abgeben und hierfür die Vorlage in Anhang 2 dieser Auflistung von Vertragseigenschaften verwenden.

Bei Angebotsabgabe haben sie dann ausschließlich eine Eigenerklärung des rechtlichen Vertreters des Unternehmens einzureichen, so wie in Klausel 3.3 unter Sonderklauseln beschrieben. Das Unternehmen, das die Ausschreibung gewinnt, hat seine Geschäftsfähigkeit wie oben beschrieben zu belegen. In hier oben nicht vorgesehenen Fällen ist das Gesetz 9/2017 vom 8. November über Verträge im öffentlichen Sektor anzuwenden, das die Richtlinien des Europäischen Parlaments und des Europäischen Rates 2014/23/UE und 2014/24/UE vom 26. Februar 2014 in spanisches Recht umsetzt.

F.2 Bonität

F.2.1 Wirtschaftliche und finanzielle Bonität

Von einer wirtschaftlichen und finanziellen Bonitätsprüfung kann abgesehen werden (in Übereinstimmung mit Artikel 11.5 des Königlichen Dekrets 1098/2001 vom 12. Oktober, durch das die allgemeine Verordnung des Gesetzes über Verträge in der öffentlichen Verwaltung in Kraft tritt).

F.2.2. Technische Bonität

Von einer technischen und professionellen Bonitätsprüfung kann abgesehen werden (in Übereinstimmung mit Artikel 11.5 des Königlichen Dekrets 1098/2001 vom 12. Oktober, durch das die allgemeine Verordnung des Gesetzes über Verträge in der öffentlichen Verwaltung in Kraft tritt).

G. Ort der Leistungserfüllung



Die Dienstleistungen werden im Büro des Vertragsnehmers erbracht. Die Kommunikation mit der für den Vertrag zuständigen Person erfolgt über die E-Mail-Adresse, die diese dem Vertragsgeber mitteilt.

H. Mindestpunktzahl, die in der Verhandlungsphase zu erreichen ist:

Es wird keine Mindestpunktzahl bei den zu bewertenden Vergabekriterien festgelegt.

I. Vergabekriterien

Die Auswahl des besten Angebots erfolgt nach dem Gesichtspunkt des besten Preis-Leistungsverhältnis und anhand der wie folgt dargelegten Vergabekriterien. Die Angebote können bis zu 100 Vergabepunkte erreichen, die sich wie folgt zusammensetzen:

- Vergabe nach zu beurteilenden Wertkriterien: bis zu 30 Punkte.
- Vergabe nach automatisch anzuwendenden Wertkriterien: bis zu 70 Punkte.

I.1 Vergabe nach zu beurteilenden Wertkriterien

Die manuell zu beurteilenden Wertkriterien werden mit maximal 30 Punkten bewertet, die sich wie folgt zusammensetzen:

- **Berufliche Erfahrung des Verhandlungspartners, der die Dienstleistung erbringen soll (bis zu 30 Punkte):** Das anbietende Unternehmen hat die Person anzugeben, die er mit der Umsetzung des Vertrages betrauen wird. Die berufliche Erfahrung der Person mit ähnlichen Vertragsgegenständen ist darzulegen. Der/die Ansprechpartner*in wird nach seinen/ihren Jahren Erfahrung mit ähnlichen Vertragsgegenständen nach der folgenden Formel bewertet:

$$P = 30 \times (OF/OM) \text{ (die Abkürzungen stehen für):}$$

P = erreichte Punktzahl

OF= Angebot mit Jahren Berufserfahrung des Bieters, die bewertet werden

OM= Angebot mit dem höchsten Wert an Erfahrung

I.2 Vergabe nach automatischen Wertkriterien

Bei den automatisch zu bewertenden Wertkriterien können maximal 70 Punkte erreicht werden. Diese setzen sich wie folgt zusammen:

- **Wirtschaftliches Angebot: bis zu 55 Punkte**

Die Angebote werden nach der folgenden linearen Formel bewertet, bei der der Punkteabstand zwischen den einzelnen Angeboten proportional ist zum Abstand jedes einzelnen Angebots zum Höchstbetrag. Der auf die Formel anzuwendende Betrag ist der Betrag, der sich aus der Multiplikation der angebotenen Einzeltarife mit den in Anhang 5 dieser Auflistung der Vertragseigenschaften geschätzten Tarife ergibt, ausgehend von der Annahme, dass die Vertretung 5 Mitarbeiter*in hat und 6 Vertragsmonate gezählt werden. Das beste Angebot erhält hierbei die höchste Punktzahl und die restlichen Angebote werden nach der folgenden Formel bewertet:



$$P_v = \left[1 - \left(\frac{O_v - Om}{IL} \right) \times \left(\frac{1}{VP} \right) \right] \times P$$

Die Abkürzungen stehen für:

Pv: Punktzahl des zu bewertenden Angebots

Ov: Zu bewertendes Angebot

Om: Bestes Angebot

IL: Betrag der Ausschreibung / Höchstbetrag

VP: Wert für die Gewichtung

P: Punktzahl der Bewertung

In Übereinstimmung mit der Richtlinie 1/2020 vom 23. Juni der Generaldirektion für öffentliche Vertragsvergabe, liegt die Gewichtung bei 1,55.

Verfügbarkeit und Zugänglichkeit: bis zu 15 Punkte. Die zeitliche Verfügbarkeit und Zugänglichkeit des Ansprechpartners/der Ansprechpartnerin wird bewertet. Die anbietenden Unternehmen geben die Uhrzeiten an, zu denen der/die Ansprechpartner*in für Telefonate und Anfragen der Vertretung zur Verfügung stehen. Es handelt sich hier um Uhrzeiten, in denen die Vertretung das Unternehmen für Anfragen kontaktieren kann, nicht um für die Vertretung **ausschließlich reservierte Zeiten**. Der Anbieter mit der besten zeitlichen Verfügbarkeit erhält die höchste Punktzahl. Die anderen Anbieter erhalten eine proportionale Punktzahl in Übereinstimmung mit der wie folgt aufgeführten Formel. In der Formel werden nur volle Stunden berechnet, keine anteiligen Stunden.

$$P = 15 \times (OF/OM)$$

Die Abkürzungen stehen für:

P = erreichte Punktzahl

OF= Angebot in Stunden des Anbieters, das bewertet wird

OM= Angebot mit dem höchsten Wert an verfügbaren Stunden

I.3 Zu verhandelnde Aspekte und Verhandlungsart

Verhandelt werden nur Angebote mit automatisch bewertbaren Vergabekriterien (Abschnitt I.2)

Die Verhandlungen finden schriftlich per E-Mail, Videokonferenz oder persönlich vor Ort statt.

Während des Verhandlungsprozesses wird darauf geachtet, dass alle Unternehmen gleichbehandelt werden, und insbesondere darauf, dass keine Diskriminierung bei der Vergabe von Informationen erfolgt, die bestimmten Anbietern Vorteile gegenüber den anderen verschaffen würden.

Die Angebote werden verhandelt und, sobald die Unternehmen ein definitives Angebot abgegeben haben, werden diese nach den festgelegten Vergabekriterien bewertet.

J. Weitere allgemeine Vertragsklauseln

J.1. Verpflichtungen der Vertragsparteien

Der Ausschreibungsgewinner hat folgende allgemeine Verpflichtungen zu erfüllen:



- a) Er hat die Dienstleistung im vertraglich vorgesehenen Zeitraum aufzunehmen und sie kontinuierlich und ohne Unterbrechungen aufrecht zu erhalten.
- b) Der Vertragsnehmer hat die Dienstleistungen in Übereinstimmung mit dieser Auflistung der Vertragseigenschaften, die Auflistung der technischen Vorgaben und gemäß den Anweisungen des/der bei der Vertretung für den Vertrag verantwortlichen Mitarbeiters/ Mitarbeiterin zu erbringen.
- c) Alle Dienstleistungen haben innerhalb der vorgesehenen Fristen zu erfolgen.
- d) Der Vertragsnehmer ist nach deutschem Recht für direkte oder indirekte Personenschäden oder Schäden an öffentlichem oder privatem Eigentum und Diensten aufgrund von Handlungen, Versäumnissen oder Nachlässigkeiten seines Personals verantwortlich, es sei denn diese sind eine direkte und unmittelbare Konsequenz einer nach deutschem Recht schriftlich mitgeteilte Handlungsanweisung der Vertretung.
- e) Der Vertragsnehmer stellt jederzeit ausreichend Personal und Material zur Verfügung, um den Vertragsgegenstand korrekt umsetzen zu können, wobei er seinem Personal gegenüber allen arbeits- und steuerrechtlichen Verpflichtungen nachzukommen hat. Selbst wenn der Vertrag für die Umsetzung des Vertragsgegenstands keine Mindestmitarbeiterzahl auf Seiten des Vertragsnehmers vorsieht, muss dieser dennoch die Anzahl von Personal sicherstellen können, die er in seinem Gebot angegeben hat. Falls der Anbieter den vertraglich festgelegten Ansprechpartner auf seiner Seite ändern muss, hat die neue Person mindestens die gleichen Kriterien zu erfüllen und Erfahrung mitzubringen, wie die Person, die sie ersetzt.
- f) Für andere als die in den vorstehenden Punkten genannten Pflichten des Vertragsnehmers sind die Bestimmungen der deutschen Vorschriften zu beachten

J.2. Vertragsweitergabe und Zuliefererverträge

Dieser Vertrag darf nicht an Dritte oder an Zulieferer weitergegeben werden.

Eine Weitergabe an Dritte und Zulieferer ist nicht zulässig, da die notwendigen Dienstleistungen nach einem einheitlichen Arbeitsschema zu erfüllen sind, und alle Arbeitsschritte miteinander in Verbindung stehen und keine unabhängigen Arbeitsschritte möglich sind. Eine mögliche Weitergabe an Dritte oder Zulieferer könnten eine solide und zielstrebige Arbeitsweise verhindern.

J.3 Datenschutz

Der Vertragsnehmer und sein Personal sind in Übereinstimmung mit den deutschen und europäischen Datenschutzverordnungen zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Der Vertragsnehmer verpflichtet sich, die ihm zur Verfügung gestellten Daten ausschließlich zum vorgesehenen Zweck zu verwenden.

Die oben genannten Verpflichtungen zum Datenschutz sind wesentlicher Bestandteil des Vertrages. Bei einer Zuwiderhandlung kann der Vertrag aufgelöst werden.

Der Vertrag geht mit dem Zugang und der Verarbeitung von personenbezogenen Daten einher. Es handelt sich um die personenbezogenen Daten von Mitarbeiter*innen der Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland.

Grund für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten: Gehaltsabrechnungen für die Mitarbeiter*innen der Vertretung und die Abwicklung aller zugehörigen Verwaltungsschritte.

J.4 Nichteinhaltung der Dienstleistung

Die Zahlung erfolgt nur dann, wenn die vertraglich vereinbarte Leistung vom Vertragsnehmer tatsächlich erbracht wurde, und die für den Vertrag verantwortliche Person die Freigabe für die Zahlung erteilt hat.

J.5 Gerichtsbarkeit

Bei der Vorbereitung des Vertrages und der Vertragsvergabe unterwerfen sich die bietenden Unternehmen im Falle von Rechtsstreitigkeiten der spanischen Gerichtsbarkeit. Wenn der Vertragsnehmer ein spanisches Unternehmen ist, werden mögliche Rechtsstreitigkeiten über die Auswirkungen, die Erfüllung und die Auflösung des Vertrages vor der spanischen Gerichtsbarkeit ausgetragen. Ist dies nicht der Fall, unterwerfen sich die Parteien der deutschen Gerichtsbarkeit.

J.6 Vorgesehene Vertragsänderungen

- Wenn der tatsächliche Bedarf an Dienstleistung aufgrund der Neuanstellung von Personal höher liegen sollte, als der ursprünglich für den Vertrag kalkulierte, kann der Vertrag entsprechend abgeändert werden, so wie dies die 33. Zusatzbestimmung des Gesetzes für Verträge im öffentlichen Dienst [ley de contratos en el servicio público, LCSP] vorsieht.

Der Höchstbetrag für eine Vertragsanpassung liegt bei 20 % des ursprünglichen Grundwertes des Vertrages exklusive MwSt.

Bei einer Vertragsänderung werden jedoch in keinem Fall neue Einzeltarife im Vergleich zum Ursprungsvertrag vereinbart (gemäß Gesetz für Verträge im öffentlichen Dienst).

Vorgehensweise: Die Vertragsänderung aufgrund vorgesehener Gründe wird vom Vertragsgeber vorgenommen, nachdem dieser mit dem Vertragsnehmer Rücksprache gehalten hat, in Übereinstimmung mit der Vorgehensweise, die in Artikel 191 des Gesetzes für Verträge im öffentlichen Dienst festgelegt ist.

Verfahren bei Abschluss eines Dienstleistungsvertrages mit Unterzeichnung und Leistungserbringung im Ausland

I. SONDERKLAUSELN FÜR DIE AUSSCHREIBUNG, VERGABE UND VERTRAGSUNTERZEICHNUNG

Erstens: Einladung zur Teilnahme am Ausschreibungsverfahren

1.1. Der Vertragsgeber hat mindestens drei zur Leistungserbringung befähigte Unternehmen zur Ausschreibung einzuladen. Wenn möglich, sollte er mit diesen die in **Abschnitt I.3 der Auflistung der Vertragseigenschaften** beschriebenen Aspekte verhandeln.

1.2. Der Ausschreibungseinladung ist ein Exemplar der Auflistung der Vertragseigenschaften und eine Zusammenfassung der technischen Vorgaben beizufügen.

1.3. In der Ausschreibungsakte ist zu vermerken, an welche Kandidaten Einladungen versandt wurden.

Zweitens: Einreichung von Angeboten

2.1. Einreichungsort und -frist der Ausschreibungseinladung sind einzuhalten.

2.2. Jedes Unternehmen, das an der Ausschreibung teilnimmt, darf nur ein einziges Angebot abgeben.



2.3. Die Angebote sind geheim, und das anbietende Unternehmen hat die Bedingungen uneingeschränkt einzuhalten, die in der Auflistung der Vertragseigenschaften sowie der Zusammenfassung der technischen Vorgaben beschrieben sind. Geheim sind auch die Autorisierungen zur Datenabfrage des Vertragsgebers selbst oder seiner untergeordneten Dienste bei den offiziellen Registern und Listen der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union, in denen autorisierte Wirtschaftsteilnehmer geführt werden.

Drittens: Inhalt der Angebote

3.1. Die Angebote werden in einem verschlossenen Umschlag eingereicht, der vom Ausschreibungsteilnehmer oder einer vertretungsberechtigten Person unterschrieben wurde, auf dessen Außenseite folgende Angaben klar zu erkennen sind: Vertragsgeber, an den sich das Angebot richtet; Bezeichnung des Vertrages, Aktenzeichen und Name des anbietenden Unternehmens. Das anbietende Unternehmen muss die Antragstellung zur Vorlage der Unterlagen, gemäß Muster in **Anlage 6** der Auflistung der Vertragseigenschaften, außerhalb des Umschlags anbringen.

3.2. Alle zum Angebot gehörigen Unterlagen sind entweder in spanischer oder katalanischer Sprache einzureichen, bzw. in der Landessprache des Landes, in dem die Vertretung ihren Aufgaben nachkommt. In diesem letzten Fall muss eine Übersetzung der Unterlagen ins Katalanische vorliegen, damit der Vertrag steuerrechtlich erfasst werden kann.

3.3. Dem Umschlag mit dem Angebot sind folgende verwaltungsrechtlichen Unterlagen beizulegen:

Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE) unterschrieben vom Anbieter (der Link auf die EEE ist in **Anhang 1** einkopiert), oder eine Eigenerklärung darüber, dass der Anbieter alle Vertragsanforderungen erfüllt, unterschrieben vom Vertreter des Unternehmens (eine Vorlage hierfür ist in **Anhang 2** zu finden).

3.4. Das technische Angebot, das dem Umschlag beizulegen ist, muss wie in den Unterlagen bekannt gegeben und gemäß der Vorlage in **Anhang 3** formuliert werden.

3.5. Das wirtschaftliche Angebot, das dem Umschlag beizulegen ist, ist zu formulieren wie in der Vorlage aus **Anhang 4**.

Die wirtschaftlichen Angebote haben die Mehrwertsteuer und alle vergleichbaren fälligen Steuern gesondert auszuweisen.

Viertens: Bewertung der Unterlagen und Verhandlung

4.1. Verhandlung der Vertragsbedingungen

Nachdem die allgemeinen Unterlagen überprüft wurden und auf mögliche Fehler oder Auslassungen hingewiesen wurde, verhandelt der Vertragsgeber mit allen zur Ausschreibung zugelassenen Kandidaten die Vertragsbedingungen.

Nicht verhandelbar sind die Mindestbedingungen für die zu erbringenden Dienstleistungen sowie die Vergabekriterien.

Die Aspekte, die Verhandlungsgegenstand sein sollen und die Art der Verhandlung mit den Kandidaten sind in **Abschnitt I.3 der Auflistung der Vertragseigenschaften** beschrieben.

Die Verhandlungsphase ist in der Akte zu dokumentieren.

4.2. Einreichung der finalen Angebote



Nach der Verhandlungsphase werden die Kandidaten gebeten, schriftlich ihre finalen Angebote gemäß der Verhandlungsergebnisse einzureichen. Der Termin für Abgabe des finalen Angebots ist in der Ausschreibungseinladung anzugeben.

4.3. Bewertung und Einordnung der Angebote

4.3.1. Die Vergabekriterien sind in **Abschnitt I.1 und I.2 der Auflistung der Vertragseigenschaften** beschrieben.

4.3.2. Nach Bewertung der Angebote prüft der Vertragsgeber, dass kein Angebot anormal niedrig ausfällt. Wenn dieser Fall eintritt, räumt der Vertragsgeber dem betroffenen Anbieter einen angemessenen Zeitraum ein, um darzulegen, warum sein niedriges Angebot dennoch durchführbar ist. Falls der Anbieter keine Begründung einreichen kann, ist davon auszugehen, dass das Angebot nicht vollständig ist. In diesem Fall ist das betroffene Unternehmen aus dem Ausschreibungsverfahren auszuschließen. Wenn die Erklärungen für das niedrige Angebot jedoch im vorgegebenen Zeitraum nachgeliefert werden, werden die entsprechenden Informationen und Unterlagen ausgewertet. Dann wird entweder die Durchführbarkeit bestätigt oder der Ausschluss des betroffenen Angebots beschlossen, weil die eingereichten Informationen und Unterlagen keine ausreichende Erklärung für das niedrige Preisniveau liefern, und das Angebot deshalb aufgrund der anormal niedrigen Tarife nicht akzeptiert werden kann.

Ein Angebot gilt als möglicherweise anormal niedrig, wenn es bei den nicht auf den Tarif bezogenen Vergabekriterien über der Summe der im Folgenden angegebenen Variablen 1 und 3 liegt, und der Tarif dennoch mit über 20 % unterhalb des Mittelwerts der anderen Angebote liegt:

1. Arithmetischer Mittelwert der Anbieter in Punkten bei den nicht auf den Tarif bezogenen Vergabekriterien.
2. Abweichungen der von den einzelnen Anbietern erreichten Punktzahlen bei den nicht auf den Tarif bezogenen Vergabekriterien.
3. Berechnung des arithmetischen Mittelwertes der erhaltenen Abweichungen in absoluten Zahlen (d. h. ohne das positive oder negative Vorzeichen in Betracht zu ziehen) bei den nicht auf den Tarif bezogenen Vergabekriterien.

In jedem Fall wird ein Angebot, das mit über 30 % unter dem Mittelwert der wirtschaftlichen Angebote liegt, als fahrlässig niedrig erachtet. Wenn es nur ein einziges Angebot gibt, werden die 30 % ausgehend vom Grundbetrag der Ausschreibung berechnet.

Um ein anormal niedriges Angebot erkennen zu können, wird die Summe der zu erwartenden Einzeltarife pro Monat zum Vergleich herangezogen (es werden dabei keine Zusatztarife eingerechnet). Dabei wird davon ausgegangen, dass die Vertretung fünf Mitarbeiter*innen hat und 6 Vertragsmonate gezählt werden..

4.3.3. Nach der Bewertung der Angebote und dem Ausschluss der wie oben beschrieben nicht durchführbaren Angebote, hat der Vertragsgeber die Angebote der Kandidaten in einem Vergabevorschlag zu bewerten.

Fünftens: Der Anbieter mit dem besten Angebot reicht die Unterlagen ein, die belegen, dass er alle Grundvoraussetzungen erfüllt.

Die dem Vertragsgeber unterstellten Dienste fragen bei dem Anbieter, der das beste Angebot abgegeben hat, die nachfolgend aufgelisteten Unterlagen zur Überprüfung durch den Vertragsgeber an. Der Anbieter hat dann die Unterlagen binnen 10 Werktagen einzureichen, wobei die 10-tägige Frist ab dem zweiten Tag nach Erhalt der Anfrage zählt.

a) Unterlagen, die die Persönlichkeit und Fähigkeit des Anbieters in seinem Arbeitsbereich belegen, wie in **Abschnitt F.1 der Auflistung der Vertragseigenschaften** beschrieben.



b) Unterlagen, die belegen, durch wen der Anbieter vertreten wird.

Personen, die andere Personen vertreten oder in deren Namen unterzeichnen, müssen eine entsprechende Vollmacht vorlegen, die in Form und Inhalt geltendem Recht entspricht.

c) Unterlagen, die die wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Bonität des Anbieters belegen.

Die wirtschaftliche, finanzielle, technische und berufliche Bonität ist anhand der Unterlagen zu belegen, die in **Abschnitt F.2 der Auflistung der Vertragseigenschaften** beschrieben sind.

d) Unterlagen, die die unternehmerische und berufliche Befähigung für die Durchführung des Vertragsgegenstands belegen.

e) Unterlagen, die das Vorhandensein einer Erfüllungsgarantie belegen.

5.2. Der Vertragsgeber hat zu prüfen, dass der Anbieter, der die Ausschreibung gewinnt, mit Unterlagen belegt, dass er alle geforderten Teilnahmebedingungen erfüllt hat. Wenn die im obigen Abschnitt beschriebenen Unterlagen nicht innerhalb der festgesetzten Frist eingereicht werden, wird davon ausgegangen, dass der als Ausschreibungsgewinner vorgeschlagene Anbieter sein Angebot zurückgezogen hat.

In diesem Fall wird der Anbieter, der bei der Bewertung als zweitbester eingestuft wurde, gebeten, die gleichen Unterlagen wie oben beschrieben einzureichen.

Sechstens: Vergabe

6.1. Die Vertragsvergabe muss begründet werden und ist allen Kandidaten mitzuteilen. Sie wird im Bieterprofil auf dem entsprechenden Portal der Regierung von Katalonien veröffentlicht.

6.2. Die Vergabebenachrichtigung hat sämtliche notwendigen Informationen zu enthalten, die es den daran interessierten Kandidaten ermöglicht, Einspruch zu erheben.

6.3 Der Vertragsgeber hat den Vertrag innerhalb von fünf Werktagen zu vergeben, gezählt ab dem Zeitpunkt des Erhalts der in Klausel 6.1 angegebenen Unterlagen.

Siebtens: Vertragsunterzeichnung

7.1. Die Vertragsvergabe wird abgeschlossen durch die Vertragsunterzeichnung.

7.2. Die Vertragsunterzeichnung hat mittels eines beweiskräftigen Dokuments zu erfolgen. Die Vertragsdaten sind dem katalanischen Außenministerium zu melden, das diese an die zuständigen Organe weiterleitet.

7.3. Die Vertragsunterzeichnung ist im Bieterprofil auf dem entsprechenden Portal der Regierung von Katalonien zu veröffentlichen.



ANHANG 1

Link zur Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE)

Katalanisch:

<https://contractacio.gencat.cat/web/.content/inici/tramits-serveis/document/document-europeu-unic-contractacio.pdf>

Deutsch:

<https://espd.eop.bg/espd-web/filter?lang=de>

ANHANG 2

Vorlage für die Eigenerklärung, dass alle Vertragsanforderungen erfüllt werden

2.1. Vorlage für juristische Personen

Herr/Frau, mit Personalausweis Nr./Steuernummer oder Identifikationsnummer....., in Vertretung des Unternehmens....., mit Identifikationsnummer....., für das er/sie als (alleinige*r, solidarische*r oder gesamthänderische*r Verwalter*in, oder solidarisch oder gesamthänderisch Bevollmächtigte*r, gemäß vor dem/der Notar*in, Frau/Herr..... in [Stadt]....., am [Datum]unter der Nummer..... der Urkundenrolle öffentlich beurkundeten Urkunde, oder gemäß der Gründungsunterlagen, die beim Handelsregister eingetragen sind), ERKLÄRT HIERMIT in eigener Verantwortung, als am Ausschreibungsverfahren *„Dienstleistungen im Bereich Arbeits- und Steuerrecht für die Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland“* teilnehmendes Unternehmen mit dem Aktenzeichen, WIE FOLGT:

- a) Das Unternehmen ist rechtsgültig gegründet und kann gemäß seines Gesellschaftszwecks ein Angebot in diesem Ausschreibungsverfahren abgeben. Es erfüllt alle rechtlich notwendigen Bedingungen, um einen Vertrag mit der Vertretung abschließen zu können. Wenn es die Ausschreibung gewinnt, legt es dem Vertragsgeber die als Beleg hierfür geforderten Unterlagen vor.
- b) Die im Angebot als Vertretung des Unternehmens genannte Person hat eine ausreichende Vollmacht, um das Angebot zu unterzeichnen. Die Vollmacht wurde vor einer öffentlichen Urkundsperson unterzeichnet und im Handelsregister bzw. einem entsprechenden Register eingetragen und wurde nicht widerrufen. Sie entspricht geltendem Recht.
- c) Der Anbieter erfüllt nach geltendem Recht alle Anforderungen und Bedingungen.
- d) Das anbietende Unternehmen ist wie folgt eingeschrieben:

☐	Elektronisches Register für Ausschreibungsteilnehmer der Regierung von Katalonien
☐	Offizielles Register für Ausschreibungsteilnehmer und gelistete Unternehmen des spanischen Staates
☐	Register, das nach spanischem Recht geführt wird, sich aber in dem Land befindet, in dem der Anbieter seinen Firmensitz hat
☐	Offizielle Liste autorisierter Unternehmen
☐	Der/die Anbieter*in ist in keinem Register eingetragen

- e) Das Unternehmen ist geschäftsfähig und kann einen Vertrag mit der Vertretung abschließen. Es wurde kein Berufsverbot gegen das Unternehmen ausgesprochen und es unterliegt keinem Verbot, Verträge mit Unternehmen des öffentlichen Dienstes abzuschließen. Es ist keinem Ausschlussverfahren unterworfen.
- f) Das Unternehmen ist gemäß geltendem Recht bei all seinen steuerrechtlichen Verpflichtungen auf dem Laufenden.
- g) Das Unternehmen arbeitet ausdrücklich nach der deutschen und der Europäischen Datenschutzverordnung und bietet ausreichende Garantien, um durch die technisch und organisatorisch notwendigen Mittel eine sichere Datenverwaltung in Übereinstimmung mit den beiden Datenschutzverordnungen gewährleisten zu können.
- h) Der Anbieter verpflichtet sich bezüglich der Erfüllung des Vertrages zur Verwaltung personenbezogener Daten eine Erklärung über den Standort der Datenserver abzugeben, auf denen



die zu verwaltenden personenbezogenen Daten gespeichert werden, sowie über den Ort, von dem aus auf diese Server zugegriffen wird.

- i) Im Falle von Rechtsstreitigkeiten unterwerfen sich die Parteien deutschem Recht und deutschen Gerichten. Wenn dies nicht möglich sein sollte, unterwerfen sie sich einem Schiedsverfahren.
- j) Alle dem Umschlag beigelegten Unterlagen sind absolut wahrheitsgetreu.
- k) Der Anbieter autorisiert den Vertragsgeber und die ihm untergeordneten Dienste, Handelsregisterdaten und -einträge und die notwendigen Steuerdaten, die für die Vertragsvergabe notwendig sind, direkt bei den dafür zuständigen Verwaltungsorganen abzufragen.

Ungenaue, falsche oder lückenhafte Angaben von Daten und Informationen in dieser Eigenerklärung führen zu einem automatischen Ausschluss des Anbieters vom Ausschreibungsverfahren, mit sofortiger Wirkung ab dem Zeitpunkt, wo dies bekannt wird, unbeschadet aller straf-, zivil- und verwaltungsrechtlichen Verpflichtungen und Verbote, Verträge mit dem öffentlichen Dienst abzuschließen.

Die Eigenerklärung ist von der dafür befugten Person zu unterschreiben.



2.2. Vorlage für natürliche Personen

Herr/Frau, mit Personalausweis Nr./Steuernummer oder Identifikationsnummer....., handelt in eigenem Namen und Vertretung und ERKLÄRT HIERMIT in eigener Verantwortung und als Teilnehmer*in am Ausschreibungsverfahren "Dienstleistungen im Bereich Arbeits- und Steuerrecht für die Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland" mit dem Aktenzeichen, WIE FOLGT:

- a) Er/sie erfüllt alle rechtlich notwendigen Bedingungen, um einen Vertrag mit der Vertretung abschließen zu können. Wenn er/sie die Ausschreibung gewinnt, legt er/sie dem Vertragsgeber die als Beleg hierfür geforderten Unterlagen vor.
- b) Der/die Anbieter*in erfüllt nach geltendem Recht alle Anforderungen und Bedingungen.
- c) Der/die Anbieter*in ist wie folgt eingeschrieben:

- | | |
|--------------------------|---|
| ☐ | Elektronisches Register für Ausschreibungsteilnehmer der Regierung von Katalonien |
| ☐ | Offizielles Register für Ausschreibungsteilnehmer und gelistete Unternehmen des spanischen Staates |
| ☐ | Register, das nach spanischem Recht geführt wird, sich aber in dem Land befindet, in dem der Anbieter seinen Firmensitz hat |
| ☐ | Offizielle Liste autorisierter Unternehmen |
| ☐ | Der/die Anbieter*in ist in keinem Register eingetragen |

- d) Der/die Anbieter*n verfügt über die notwendige wirtschaftliche und technische Bonität, wie in Abschnitt F.2 in der Auflistung der Vertragseigenschaften beschrieben, welche Teil der Beschreibung der verwaltungsrechtlichen Klauseln ist (PCAP, plec de clàusules administratives particulars).
- e) Der/die Anbieter*in ist geschäftsfähig und kann einen Vertrag mit der Vertretung abschließen. Es wurde kein Berufsverbot gegen ihn/sie ausgesprochen und er/sie unterliegt keinem Verbot, Verträge mit Unternehmen des öffentlichen Dienstes abzuschließen. Er/sie ist keinem Ausschlussverfahren unterworfen.
- f) Der/die Anbieter*in ist gemäß geltendem Recht bei all seinen steuerrechtlichen Verpflichtungen auf dem Laufenden.
- g) Der/die Anbieter*in arbeitet ausdrücklich nach der deutschen und der Europäischen Datenschutzverordnung und bietet ausreichende Garantien, um durch die technisch und organisatorisch notwendigen Mittel eine sichere Datenverwaltung in Übereinstimmung mit den beiden Datenschutzverordnungen gewährleisten zu können.
- h) Der Anbieter verpflichtet sich **bezüglich der Erfüllung des Vertrages zur Verwaltung personenbezogener Daten eine Erklärung über den Standort der Datensever abzugeben, auf denen die zu verwaltenden personenbezogenen Daten gespeichert werden, sowie über den Ort, von dem aus auf diese Server zugegriffen wird.**
- i) Im Falle von Rechtsstreitigkeiten unterwerfen sich die Parteien deutschem Recht und deutschen Gerichten. Wenn dies nicht möglich sein sollte, unterwerfen sie sich einem Schiedsverfahren.
- j) Alle dem Umschlag/den Umschlägen beigelegten Unterlagen sind absolut wahrheitsgetreu.
- k) Der Anbieter autorisiert den Vertragsgeber und die ihm untergeordneten Dienste, Handelsregisterdaten und -einträge und die notwendigen Steuerdaten, die für die Vertragsvergabe notwendig sind, direkt bei den dafür zuständigen Verwaltungsorganen abzufragen.



Ungenaue, falsche oder lückenhafte Angaben von Daten und Informationen in dieser Eigenerklärung führen zu einem automatischen Ausschluss des Anbieters vom Ausschreibungsverfahren, mit sofortiger Wirkung ab dem Zeitpunkt, wo dies bekannt wird, unbeschadet aller straf-, zivil- und verwaltungsrechtlichen Verpflichtungen und Verbote, Verträge mit dem öffentlichen Dienst abzuschließen.

Die Eigenerklärung ist von der dafür befugten Person zu unterschreiben.



ANHANG 3

Technisches Angebot

Herr/Frau, mit Personalausweis Nr./Steuernummer oder Identifikationsnummer....., in eigenem Namen und Vertretung / in Vertretung des Unternehmens.....mit Identifikationsnummer....., für das er/sie als handelt (alleinige*r, solidarische*r oder gesamthänderische*r Verwalter*in, oder solidarisch oder gesamthänderisch Bevollmächtigte*r, gemäß vor dem/der Notar*in, Frau/Herr..... in [Stadt]....., am [Datum]unter der Nummer..... der Urkundenrolle öffentlich beurkundeten Urkunde, oder gemäß der Gründungsunterlagen, die beim Handelsregister eingetragen sind). Er/sie erklärt, dass er/sie alle Bedingungen und Anforderungen kennt, die erfüllt sein müssen, um am Ausschreibungsverfahren "Dienstleistungen im Bereich Arbeits- und Steuerrecht für die Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland" mit dem Aktenzeichen.....teilzunehmen. Er/sie verpflichtet sich in eigenem Namen / in Namen und Vertretung des Unternehmens/der Institution....., das Angebot gemäß den vorgegebenen Anforderungen und Bedingungen zu unterbreiten. Die angebotenen Tarife sind dabei folgende:

Kontaktperson, die mit der Dienstleistung betraut sein wird:

- **Vor- und Nachnamen:**
- **Beschreibung der Erfahrung der Kontaktperson mit Dienstleistungen, die denen des Vertragsgegenstandes entsprechen.**

(Ort, Datum und Unterschrift)

ANHANG 4

Angebot zu den Vergabekriterien, die automatisch bewertet werden

Herr/Frau, mit Personalausweis Nr./Steuernummer oder Identifikationsnummer....., in eigenem Namen und Vertretung / in Vertretung des Unternehmens.....mit Identifikationsnummer....., für das er/sie als handelt (alleinige*r, solidarische*r oder gesamthänderische*r Verwalter*in, oder solidarisch oder gesamthänderisch Bevollmächtigte*r, gemäß vor dem/der Notar*in, Frau/Herr..... in [Stadt]....., am [Datum]unter der Nummer..... der Urkundenrolle öffentlich beurkundeten Urkunde, oder gemäß der Gründungsunterlagen, die beim Handelsregister eingetragen sind). Er/sie erklärt, dass er/sie Kenntnis hat über alle Bedingungen und Anforderungen, die erfüllt sein müssen, um am Ausschreibungsverfahren *„Dienstleistungen im Bereich Arbeits- und Steuerrecht für die Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland“* mit dem Aktenzeichen..... teilzunehmen:

1. Wirtschaftliches Angebot:

Einzeltarife für monatliche Dienstleistungen

Art der Dienstleistung	Einzeltarif zzgl. MwSt.
Tarif für Verwaltung pro Mitarbeiter*in und Monat (*).	
DATEV-Software (**).	
Kommunikation und Schriftverkehr (**).	

(*) Tarif für Verwaltung pro Mitarbeiter*in und Monat umfasst: Erstellen von Gehaltsabrechnungen und Belegen für die Zahlung der Krankenkassenbeiträge seitens des/der Mitarbeiter*in und des Unternehmens.

(**) Die DATEV-Software umfasst: Aktualisierung und Verarbeitung der Daten aus den Gehaltsabrechnungen und den Zahlungen an die Krankenkassenversicherungen.

(***) Regelmäßige Auslagen für Kommunikation und Postversand.

Preise für zusätzliche Leistungen

Art der Dienstleistung	Einzeltarif zzgl. MwSt.
Eröffnung eines neuen Kontos und Anlage eines neuen Datensatzes	
Endabrechnung bei Ablauf eines Arbeitsvertrages	
Verwaltung von Krankmeldungen und Arbeitsunfähigkeitsmeldungen	

2. Zeitliche Verfügbarkeit für Fragen und Rückfragen der Vertretung per Telefon:

- Anzahl der angebotenen Stunden pro Tag:Stunden
- Diese Stunden sind wie folgt verteilt:

(Ort, Datum und Unterschrift)

ANHANG 5

Aufschlüsselung des Grundbetrages der Ausschreibung

Der Grundbetrag der Ausschreibung beträgt 1.313,76 € inklusive MwSt. und setzt sich wie folgt zusammen:

Dienstleistung	GRUNDBETRAG DER DIENSTLEISTUNG FÜR 8 MONATE	MwSt./VERGLEICHBARE STEUER	GRUNDBETRAG DER AUSSCHREIBUNG
Dienstleistungen in den Bereichen Arbeits- und Steuerrecht	1.104,00€	209,76 €	1.313,76 €

Kostenaufschlüsselung:

Es wird ausgegangen von einem Tarif von 168,00 Euro pro Monat für die allgemeine Datenverwaltung für fünf Mitarbeiter*innen, wobei die marktüblichen Tarife für diese Art von Dienstleistung angesetzt wurden. Es wurden auch vier zusätzliche Leistungen während der ersten sechs Monate Laufzeit des Vertrages mit einberechnet. Daraus ergibt sich folgende Berechnung:

Einzeltarife für monatliche Dienstleistungen

Art der Dienstleistung	Einheiten	Maximaler Einzeltarif zzgl. MwSt.	Geschätzter Monatstarif
Tarif für Verwaltung pro Mitarbeiter*in und Monat	5	24,00 €, zzgl. MwSt.	120,00 €
DATEV-Software	1	24,00 €, zzgl. MwSt.	24,00 €
Kommunikation und Schriftverkehr	1	24,00 €, zzgl. MwSt.	24,00 €
SUMME GESCHÄTZTER MONATSTARIF			168,00 €

Tarife für zusätzliche Dienstleistungen, die notwendig werden: es wurde von vier zusätzlichen Dienstleistungen innerhalb der ersten sechs Monate Laufzeit des Vertrages ausgegangen. Hieraus ergibt sich ein Tarif von 96,00 Euro.

Monatlicher Tarif für die Verwaltung der Daten von fünf Mitarbeiter*innen (ohne MwSt.)	Tarif in den ersten 6 Monaten Vertragslaufzeit für die Verwaltung der Daten von 5 Mitarbeiter*innen (ohne MwSt.)	Zusätzliche Dienstleistungen	Tarif der Dienstleistung in 6 Monaten, ohne MwSt.
168,00 €	1008,00 €	96,00 €	1.104,00 €

ANHANG 6

Antragstellungsmuster für die Angebotsvorlage

1. VERTRAGSDATEN

Aktenzeichen:	Vertrag auf Verhandlungsbasis ohne Notwendigkeit einer öffentlichen Ausschreibung
Vertragsgegenstand: <i>„Dienstleistungen im Bereich Arbeits- und Steuerrecht der Vertretung der Regierung von Katalonien in Deutschland“</i>	

2. DATEN DES BIETERS

Name und Nachname oder Unternehmensbezeichnung:
Steuernummer:
Kontaktdaten
Adresse:
Ansprechperson:
Telefonnummer:
E-Mail-Adresse:

3. ANGEBOTSUNTERLAGEN

Eigenerklärung, dass alle Vertragsanforderungen erfüllt werden (Anhang 2 Auflistung der Vertragseigenschaften)
Technisches Angebot (Anhang 3 Auflistung der Vertragseigenschaften)
Angebot zu den Vergabekriterien, die automatisch bewertet werden (Anhang 4 Auflistung der Vertragseigenschaften)

(Ort, Datum und Unterschrift)